21 P 65/95

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Hamburg

Sozialgericht Landessozialgericht Hamburg

Sachgebiet Pflegeversicherung

Abteilung 1

Kategorie Beschluss

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen 21 P 65/95 Datum 23.10.1998

2. Instanz

Aktenzeichen L 1 P 4/99 Datum 23.08.2004

3. Instanz

Datum -

1. Die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Sozialgerichts Hamburg vom 23. Oktober 1998 wird zurückgewiesen. 2. AuÃ∏ergerichtliche Kosten sind auch für das Berufungsverfahren nicht zu erstatten. 3. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Die Beteiligten streiten $\tilde{A}^{1/4}$ ber die Gew \tilde{A} $^{\mu}$ hrung von Geldleistungen aus der sozialen Pflegeversicherung.

Hinsichtlich des Sachverhaltes bis zum Abschluss des erstinstanzlichen Verfahrens wird auf den Tatbestand des angegriffenen Urteils des Sozialgerichts Hamburg vom 23. Oktober 1998 verwiesen. Das Sozialgericht hat die Klage abgewiesen. Der angegriffene Bescheid sei rechtmäÃ∏ig. Der Kläger erfÃ⅓lle nicht die Voraussetzungen fÃ⅓r die Zahlung von Pflegegeld.

Hiergegen hat der Kläger Berufung eingelegt. Das Gericht habe sich an den Wortlaut des Gesetzes gehalten, berücksichtige aber nicht die Schwere der psychiatrischen Erkrankung als Geschädigter der Psychiatrie. Es sei ein Grundsicherung für psychisch Kranke erforderlich.

Der Kläger beantragt sinngemäÃ□,

das Urteil des Sozialgerichts Hamburg vom 23. Oktober 1998 sowie den Bescheid der Beklagten vom 29. Juni 1995 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 7. September 1995 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, ihm Leistungen der Pflegeversicherung zu gewĤhren.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurÄ¹/₄ckzuweisen.

Sie hÃxIt die erstinstanzliche Entscheidung fÃ1/4r zutreffend.

Wegen des Sachverhaltes im Einzelnen wird auf den Inhalt der Prozessakte sowie der Verwaltungsakte der Beklagten verwiesen. Sie sind Gegenstand der Beratung und Entscheidung des Senats gewesen.

Entscheidungsgründe:

Das Gericht kann gemÃxÃ $\]$ $\frac{A}{8}$ 153 Abs. 4 Sozialgerichtsgesetz (SGG) die Berufung durch Beschluss zurÃ 1 4ckweisen, da es sie einstimmig fÃ 1 4r unbegrÃ 1 4ndet und eine mÃ 1 4ndliche Verhandlung nicht fÃ 1 4r erforderlich hÃ 1 8lt. Die Beteiligten sind vorher gehÃ 1 8rt worden.

Die statthafte, form- und fristgerecht eingelegte und auch im ̸brigen zulässige Berufung des Klägers (vgl. <u>§Â§ 143</u>, <u>144</u>, <u>151 SGG</u>) ist nicht begründet.

Zu Recht hat das Sozialgericht die Klage auf Leistungen aus der Pflegeversicherung abgewiesen. Zur Vermeidung von Wiederholungen sieht der Senat insoweit von einer weiteren Darstellung der Entscheidungsgr \tilde{A}^{1} /4nde ab und nimmt auf die Gr \tilde{A}^{1} /4nde des erstinstanzlichen Urteils Bezug ($\frac{\hat{A}\S}{153}$ Abs. 2 SGG).

Dass das Sozialgericht sich bei seiner Entscheidung an den Wortlaut der gesetzlichen Vorschriften gehalten hat, räumt der Kläger im Berufungsverfahren auch ein. Er möchte seinen Fall als "Psychiatrisch Geschädigter" nur anders betrachtet wissen. Dafür bietet das Recht der Pflegeversicherung jedoch keine Grundlage. Ansprüche auf Grundsicherung sind nicht gegenüber der Beklagten, sondern gegenüber den Ã∏mtern für Grundsicherung geltend zu machen.

Die Kostenentscheidung folgt aus <u>§ 193 SGG</u> und entspricht dem Ausgang des Rechtsstreits in der Hauptsache.

Ein Grund fÃ $\frac{1}{4}$ r die Zulassung der Revision gemÃ $\frac{2}{4}$ $\frac{2}{4}$ $\frac{2}{4}$ $\frac{2}{4}$ $\frac{2}{4}$ ist nicht gegeben.

Erstellt am: 10.09.2004

Zuletzt verändert am: 23.12.2024